



Restaurierungsarbeiten an der Akropolis, mit EU-Mitteln geförderter Straßenbau auf dem Peloponnes

GRIECHENLAND

Gelbe Karte aus Brüssel

Athen droht neuer Ärger mit der EU. Nachdem die Hellenen erst vor ein paar Wochen als Schummler überführt worden waren – sie hatten jahrelang ihre überbordenden Schulden weggerechnet und sich so den Beitritt zur Währungsunion erschlichen –, sind sie nun beim Umgang mit EU-Fördermitteln negativ aufgefallen. In den nächsten Tagen steht ihnen deshalb brisante Post aus Brüssel ins Haus: Wenn Athen die Verwendung der Hilfgelder nicht ab sofort besser kontrolliert, so der bedrohliche Tenor des Briefes, würden die Zahlungen ausgesetzt. Absender des Mahnbescheides ist die polnische EU-Kommissarin Danuta Hübner. Sie ist seit Mitte November zuständig für die Milliardensubventionen, mit denen Europa

seine wirtschaftlich zurückgebliebenen Regionen aufpäppelt. Griechenland ist, nach Portugal, der zweitgrößte Profiteur des Geldregens. 25 der insgesamt 28 Milliarden Euro, die Athen zwischen 2000 und 2006 aus den Brüsseler Gemeinschaftskassen abrufen darf, kommen aus diesen Töpfen. Ob die Gelder programmgemäß und sinnvoll ausgegeben werden, weiß allerdings niemand so genau. Denn trotz regelmäßiger Nachfragen der Zahlmeister sahen sich die griechischen Behörden bislang offensichtlich nicht in der Lage, den bestimmungsgerechten Verbleib der Milliarden schlüssig nachzuweisen. Schon vergangenen Mittwoch hatte die EU-Kommission angekündigt, das Defizitverfahren gegen Griechenland zu verschärfen. Die von Athen versprochenen Schritte, die Neuverschuldung im nächsten Jahr unter die Drei-Prozent-Marke des Stabilitätspakts zu drücken, „erscheinen unzureichend“, so Währungskommissar Joaquín Almunia. Brüssel schätzt das Haushaltsloch Griechenlands auf 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

HAITI

Uno-Protectorat in der Karibik?

Westliche Diplomaten erwägen, den politisch und wirtschaftlich zerrütteten Inselstaat komplett unter die Schutzherrschaft der Vereinten Nationen zu stellen. Die Uno-Truppe von rund 7000 Mann, die seit dem Sturz von Präsident Jean-Bertrand Aristide im vergangenen Februar für stabile Verhältnisse in der Chaos-Republik sorgen soll, ist offenbar mit ihrer Mission überfordert. Die Regierung unter Premierminister Gérard Latortue hat bislang nicht einmal die Hauptstadt Port-au-Prince unter Kontrolle; weite Landestei-



Sicherheitskräfte, Uno-Soldat

le werden von Rebellen und bewaffneten Verbrecherbanden beherrscht. Bei Unruhen sind seit Anfang September über 200 Menschen ums Leben gekommen. Die Aufstellung neuer Sicherheits-

kräfte gilt als gescheitert: Viele der Polizisten werden für Vergewaltigungen, Morde und Raubüberfälle verantwortlich gemacht. Ex-Soldaten, die zum Sturz Aristides beigetragen hatten, besetzten vorletzte Woche das Haus des ehemaligen Präsidenten, der sich im Exil in Südafrika aufhält; ihr Anführer Remissaintes Ravix rief zum Guerilla-Krieg gegen die Regierung auf. Kenner wiederum bezweifeln, dass in solch einer Situation freie Wahlen vorbereitet werden können. Sie drängen deshalb darauf, Haiti nach dem Vorbild des Kosovo oder Osttimors unter internationale Aufsicht zu stellen. Regierungen in Lateinamerika und Afrika lehnen diese Lösung bislang ab.